Abend-Ausgabe.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur: Carl Oehlmann in Halle S.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen; Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 512. Halle a. d. Saale, Dienstag den 31. Oktober 1899.

Bestellungen für die Monate November und Dezember

bei allen Reichspostanstalten 2 M.

Für Halle und Giebichenstein nehmen unsere Expeditionen und Austräger Bestellungen an, zu 1,70 M. bei einmaliger, zu 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung.

Die Expedition.

Warum so früh?

n. In wohlunterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die neue Flottenvorlage thatsächlich noch nicht in diesem Jahre, sondern erst 1901 an den Reichstag gelangen soll. Wenn diese Annahme berechtigt ist, so muß man sich fragen, warum so früh zur Veröffentlichung des neuen Planes geschritten wurde, da es doch gerade einen besonders ungünstigen Eindruck machen muß, daß die neuen Vorschläge so schnell nach Erlaß des letzten Gesetzes ans Tageslicht gebracht werden. Es ist in den letzten Jahren, wenn auch nicht regelmäßig, so doch anerkennenswertherweise öfter als früher vorgekommen, daß die Regierung gesetzgeberische Pläne, lange bevor sie dem Reichstage zur Berathung und Beschlußfassung unterbreitet wurden, öffentlich bekannt machte, damit die betheiligten Kreise sich darüber äußern, daran Kritik üben könnten. Diese Rücksicht ist im vorliegenden Falle ausgeschlossen, da man an maßgebenden Stellen bei uns jede Kritik an militärischen und maritimen Maßregeln eigentlich von vornherein als überflüssig, ja als unbrechtigt ansieht.

Oder haben sich vielleicht unsere Beziehungen zur bedeutendsten Seemacht der Welt, zu England verschlechtert? Keineswegs. Der Kaiser, der vor einigen Jahren den Präsidenten der Transvaal-Republik telegraphisch beglückwünschte, weil es gelungen war, dem Raubzug des Dr Jameson ein schnelles Ende zu bereiten, sandte jetzt ein Sympathie-Telegramm an den Kommandanten seines englischen Ulanen-Regiments, das im Begriff ist, gegen die Truppen eben jenes Präsidenten Krüger zu kämpfen. Es kann also auch nicht die Absicht obgewaltet haben, den Burenschwärmern und Britenfeinden, die in Deutschland gegenwärtig die Mehrheit bilden, anzudeuten, daß ohne die maritime Nothlage, in der wir uns nach Ansicht der Urheber des neuen Flottenplanes befinden, Deutschlands Stellung zum südafrikanischen Kriege eine andere sein würde.

Bleibt nur eins: Die Eile, mit der die Veröffentlichung vorgenommen wurde, ist auf den irgendwo herrschenden Wunsch zurückzuführen, die Aufmerksamkeit von anderen Dingen abzulenken. Der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums, der die Annahme der Kanalvorlage im Abgeordnetenhause nicht durchzusetzen vermochte, hat ein wesentliches Interesse daran, mindestens muß es ihm sehr willkommen sein, wenn Fragen auf der Tagesordnung stehen, in denen die für die Politik der Sammlung in Betracht kommenden Parteien, voraussichtlich zusammengehen. Die Zuchthausvorlage ist wohl geeignet, das bedenklich getrübte traditionelle Verhältniß zwischen der Regierung und der konservativen Partei in Preußen wieder freundlicher zu gestalten, aber ihr Zustandekommen ist zweifelhaft, und die Entscheidung hierüber wird nicht mehr allzulange auf sich warten lassen, sie wird sicherlich fallen, bevor der preußische Landtag sich zum zweiten male mit dem Mittellandkanal befassen muß. Ein Minister, der überzeugt ist, daß in Preußen nicht gegen die Agrarier regiert werden kann, wird mit dieser Meinung leichter durchdringen, wenn er nicht nur Verdienste ins Treffen führen kann, die sich die Konservativen bereits erworben haben, sondern auch solche, die sie sich erst erwerben sollen. Vielleicht hegt sogar irgendwo jemand die Hoffnung, daß die Arbeit für die Flottenvermehrung nicht nur die Haltung gegen die Kanalvorlage vergessen machen, sondern als wichtig und verdienstlich genug betrachtet werden möchte, um auf jene vorerst nicht wieder zurückzukommen. Und der Jemand, der diese Hoffnung hegt, denkt möglicherweise weiter: Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Wenn die Veröffentlichung des neuen Flottenplanes einen Schachzug in dieser Richtung darstellt, so hat sie ihren Zweck zunächst erreicht. Der Kanalstreit ist in den Hintergrund gedrängt, die Flottenfrage steht im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. Ob aber am letzten Ende die Rechnung sich nicht doch als falsch erweist, das steht auf einem anderen Blatte. Die Agrarier, in deren Reihen das Wort „Kein Kanitz, keine Kähne" entstand, treiben praktische Politik, und sie sind schwer zu befriedigen; einstweilen äußern sie sich keineswegs begeistert für die neuen Marineforderungen. Allein wenn ihre Wünsche auf anderen Gebieten Entgegenkommen finden, werden sie sich wohl wieder auf ihren Patriotismus besinnen und sich dem Wunsche des Kaisers beugen. Sie werden es um so lieber thun, falls sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, zwecks Aufbringung der Kosten für die Schiffsbauten die Getreidezölle zu erhöhen. Die Flottenfrage birgt verschiedene Elemente in sich, die geeignet sind, eine Annäherung der agrarischen Kanalfeinde an die Regierung zu fördern. Es ist somit sehr wohl möglich, daß die frühe Veröffentlichung der neuen Pläne als ein willkommener Schachzug von einem geschickten Taktiker befürwortet wurde, dem jene Annäherung am Herzen liegt.

Schutz der nationalen Arbeit.

Das so vielfach mißverstandene und gemißbrauchte Schlagwort vom Schutz der nationalen Arbeit hat in dem neuen Invalidenversicherungsgesetz einen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden, der auf einem bisher noch unbetretenen Wege des Arbeiterschutzes sich als eine Art von Schutzzoll gegen ausländische Arbeit darstellt. Nach § 4 des neuen Gesetzes kann durch Beschluß des Bundesraths bestimmt werden, daß solche Ausländer der Versicherungspflicht nicht unterliegen sollen, denen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer durch die Behörde gestattet ist, und die dann wieder in das Ausland zurückkehren müssen. In diesem Falle sind aber die Unternehmer, die derartige Ausländer beschäftigen, verpflichtet, den Beitrag an die Versicherungsanstalt zu zahlen, den sie für ihre ausländischen Arbeiter aus eigenen Mitteln hätten entrichten müssen, wenn diese versicherungspflichtig wären.

Es ist klar, daß die der Versicherungspflicht nicht unterliegenden ausländischen Arbeiter in der Konkurrenz um die Arbeitsgelegenheit den einheimischen gegenüber entschieden begünstigt werden. Sie selbst können sich zu geringeren Löhnen anbieten, als wenn sie die Beiträge zur Invalidenversicherung zu zahlen hätten, und außerdem würden sie von den Unternehmern unter sonst gleichen Umständen den einheimischen Arbeitern vorgezogen werden, wenn die Beitragspflicht der Unternehmer für sie fortfiele. Um nun diese Begünstigung der ausländischen Arbeiter einigermaßen auszugleichen, hat man die Unternehmer mit einer den Kassen der Invalidenanstalten zugute kommenden Abgabe belegt. Es werden also nicht die Produkte der nationalen Arbeit vor der Konkurrenz der im Auslande hergestellten Produkte geschützt, sondern der heimische Arbeiter selbst wird davor geschützt, von Ausländern im Wettbewerb um die Arbeitsgelegenheit geschlagen zu werden.

Die geschaffenen Dinge treten gegen die schaffenden Personen zurück. Der immer regere Verkehr, in den die europäischen Völker miteinander und auch mit einigen überseeischen Rassen treten, läßt erwarten, daß diese Art von Schutz der nationalen Arbeit im Laufe des kommenden Jahrhunderts mehr und mehr das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen wird. In erster Linie kommt dabei natürlich die mongolische Rasse in Betracht. In letzter Zeit sind leider mehrfach von Großindustriellen und Agrariern Wünsche nach der Richtung laut geworden, den Import von Kulis zu organisiren. Die „Soziale Praxis" weist darauf hin, daß kürzlich in einer Berliner Zeitung ein Inserat veröffentlicht worden ist, worin ein Großindustrieller, der „selbst 5—6 junge Chinesen gebrauchen könnte," Standesgenossen sich, welche sich an dem von einem rheinischen Blatte empfohlenen Versuche betheiligen wollen, „so daß eine größere Anzahl junger Chinesen importirt werden kann." Nach Zeitungsberichten hat sich ferner dieser Tage in einer Versammlung zu Berlin ein angesehener Landwirth dahin ausgesprochen, für die allgemein in Landwirthschaft und Industrie herrschende Arbeiternoth gäbe es nur eine Lösung: den Kuli. Das sei traurig, aber wahr.

Wir verkennen keineswegs, daß die Arbeiternoth zum Theil sich auch in der Industrie fühlbar machen mag; wir würden es aber im Interesse des sozialen Friedens tief bedauern, wenn von seiten der Industrie in einer im allgemeinen anhaltenden günstigen Geschäftsperiode ohne Noth dem deutschen Arbeiter ein Konkurrenzkampf aufgezwungen würde, der in seinen Folgen die Klassengegensätze in Deutschland nur noch verschärfen würde.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Nachfolger des Wirklichen Geheimen Raths Dr. jur. A. Heerwarth als Bevollmächtigter der thüringischen Staaten im Bundesrath Dr. jur. Alfred Paulsen wurde vom Großherzog von Sachsen-Weimar zum Geheimen Legationsrath ernannt und siedelt am 1. Nov. endgiltig nach Berlin über.

Ueber die neue Flottenvorlage

liegt heute allerlei Neues, aber nichts Gutes vor. Zunächst dürfte es interessiren, daß konstatirt werden kann, in wie ungemein zu beängstigend kurzer Zeit die neue Vorlage von seiten des Reichsmarineamts bearbeitet worden ist. Bis in die Mitte dieses Sommers, so schreibt man der „Rhein.-Westf. Ztg." aus Berlin, bestand im Schoß der Regierung die Absicht, an dem durch das Flottengesetz festgelegten Marine-Sexennat unbedingt festzuhalten. — Also in drei Monaten sollen sich die Weltverhältnisse derart verändert haben, daß es jetzt darauf ankommt, eine Verdoppelung der Flotte durch ein neues Flottengesetz vorzubereiten!

Ja, noch mehr! Noch vor vier Wochen, schreibt die „Germania", konnte man von einer hohen Stelle im Reichsmarineamt, die von einem neuen Flottenplan, falls derselbe im Reichsmarineamt ausgearbeitet oder auch nur geplant wäre, hätte wissen müssen, die beruhigende Versicherung hören, daß Mehrforderungen für die Marine nicht in Aussicht ständen: „Wir haben, was wir wollen, und wir wollen nicht mehr, als wir haben." — Und heute??

Die Sitzung des Staatsministeriums am Sonnabend hat 5 Stunden, von 3 bis 8 Uhr, gedauert. Auch die Staatssekretäre des Auswärtigen, des Reichsschatzamts und des Reichspostamts nahmen daran theil, aber nicht der Staatssekretär des Reichsmarineamts. Das läßt darauf schließen, daß das Staatsministerium auch noch nicht einmal am Sonnabend mit dem Flottenplan befaßt worden ist. Der „Staatsb.-Ztg." wird noch ausdrücklich bestätigt, daß das Staatsministerium sich am Sonnabend noch nicht mit der Vorlage beschäftigt hat. Den Mitgliedern des Ministeriums sei es „genau so gegangen, wie anderen Menschenkindern, sie haben den Flottenvermehrungsplan erst aus den Abendblättern vom Sonnabend kennen gelernt." Das Blatt sucht dies damit zu erklären: „Das Reichsmarineamt möchte die Veröffentlichung weder als Denkschrift noch gar als eine Vorlage angesehen wissen. Sie soll nichts weiter als eine Privatleistung des neu eingerichteten Preßbureaus im Reichsmarineamt sein, in der sich mit einiger Zuversicht die Absichten des Kaisers und der in Frage kommenden Staatssekretäre des Auswärtigen und der Marine widerspiegeln, und soll auf eine neue Marinevorlage im Etatsjahr 1900—1901 vorbereiten." — Weitere Beweise über das „Etwas sehr plötzlich" der Vorlage dürften wirklich nicht nöthig sein.

Nun, zu den Kosten! Wenn Einer rechnen kann, so ist es bekanntlich der Abg. Eugen Richter. Er stellt in seiner „Freis. Ztg." folgende Berechnung auf:

Ueber 3½ Milliarden werden durch den neuen Flottenplan festgelegt, nämlich 1920 Millionen Mark an fortdauernden und 1650 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben. Der neue Flottenplan verlangt für 17 Jahre, von 1901—1917, 97 Millionen an einmaligen Ausgaben; das macht im Ganzen 1649 Millionen. Das jetzt geltende Flottengesetz legt für den Zeitraum von 6 Jahren an einmaligen Ausgaben nur den Betrag von 409 Millionen Mark fest. Die Bindung des Geldbewilligungsrechts des Reichstages ist also nach dem neuen Plan eine mehr als vierfach so große in Bezug auf die einmaligen Ausgaben.

Von den in Anschlag gebrachten Summen entfallen mehr als 608 Millionen auf die neuen Schiffe, um welche der Flottenbestand über das Ziel des Flottengesetzes hinaus erhöht werden soll. Denn selbst nach den Kostenanschlägen von 1898, die bereits durch die Wirklichkeit überholt sind, kosten 21 Linienschiffe je 20 Millionen, also 420 Millionen, 6 große Kreuzer à 15 Millionen, zusammen 90 Millionen, 20 kleine Kreuzer à 4,6 Millionen, zusammen 92 Millionen.

Was die fortdauernden Ausgaben anbetrifft, so steht der neue Plan eine jährliche Steigerung derselben von 1901 ab um 5 Millionen voraus. Hiernach müssen die fortdauernden Ausgaben der Marine, welche nach dem Flottengesetz im Jahre 1903 83 Millionen betragen würden, 1917 den Betrag von 153 Millionen erreichen. Zuzüglich der auf 97 Mill. M. erhöhten einmaligen Ausgaben ergiebt dies einen Flottenetat von 250 Mill. M. gegen 150 Mill. M., welche der Flottenetat 1903 nach dem Flottengesetz erreichen sollte, und 133 Mill. M., welche der Marineetat für 1899 aufweist.

Wodurch sollen nun diese enormen Mehrkosten aufgebracht werden? Auch hierauf weiß der Abg. Richter eine kurze, treffende Antwort zu geben. Er schreibt: Neue Steuern, neue Schulden. Und meint sodann weiter:

In dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." heißt es, daß das neue Bauprogramm „sehr wohl ohne neue Steuern durchführbar erscheint." Der Offiziosus der „Berl. Pol. Nachr." aber weist auf eine Erhöhung des Getreidezolles von 1903 ab hin, welche mit 60 Millionen Mark im Jahre nicht zu hoch berechnet ist. Das heißt also: Der neue Flottenplan soll ausgeführt werden durch Erhöhung des Getreidezolles um etwa 50 Proz. des bisherigen Betrages. Erhöhung des Getreidezolles aber bewirkt eine entsprechende Erhöhung der Getreidepreise für den Inlandskonsum und damit weiterhin eine Vertheuerung des Brotes, welche nur ausgeglichen werden kann durch eine Einschränkung in der Ernährung oder durch anderweitige Ersparnisse im Haushalt der minder wohlhabenden Klassen.

Der Offiziosus der „Berl. Pol. Nachr." stellt schon jetzt eine solche Erhöhung des Getreidezolls in Rechnung, obwohl noch gar nicht feststeht eine Wiederherstellung jenes Getreidezolles, dessen Herabminderung die Vorbedingung war für das Zustandekommen der neuen Handelsverträge. Ob nach Ablauf derselben Handelsverträge mit einer Erhöhung des Getreidezolls möglich sind, erscheint mehr als fraglich. Jedenfalls setzen Handelsverträge voraus weitgehende Zugeständnisse in Bezug auf die deutschen Zollsätze Zugeständnisse, welche in der Regel auf die Verminderung der Zollehnahmen hinwirken.

In dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." wird auch hingewiesen darauf, daß nach den bisherigen Grundsätzen ein sehr erheblicher Theil der Ausgaben der Marine durch Anleihen gedeckt werden würde. Nach den bisherigen Grundsätzen ist ein solcher Theil der einmaligen Ausgaben aus laufenden Mitteln zu bestreiten, der 5 Proz. des Werths der Flotte entspricht, zuzüglich von ⅓ der etatsmäßigen Aufwendungen für die Ausrüstung der neuen Schiffe. Dieser auf die ordentlichen Einnahmen fallende Betrag aber macht schon bisher 27 Millionen M. aus und muß mit der Erweiterung der Flotte rapide steigen.

Was aber die Anleihen betrifft, so ist schon in dem laufenden Etat von 1899 ein Anleihebedarf von 104½ Millionen M. vorgesehen. Die Reichsschuld, welche bei der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers 721 Millionen betrug, hatte Anfang November 1898 bereits den Betrag von 2208 Millionen M. erreicht. Mit der weiteren Steigerung der Reichsschuld wächst die Zinsenlast des Reiches, ohne daß bisher zur Verminderung der Schuld irgend ein Betrag aufgewandt werden konnte.

Politisches.

* Dem Besuche des Kaisers in Liebenberg mißt die „Volksztg." große politische Bedeutung bei und findet dieses durch den Besuch des Herrn Tirpitz in Liebenberg nur bestätigt. Sie meint:

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ist nach Schillingsfürst gereist. Die Annahme liegt nahe, daß seine Tage als Reichskanzler gezählt seien. Daß er die neue Flottenvorlage zu verteidigen übernehmen würde, da er verfassungsmäßig verantwortlich ist für die früher abgegebenen Erklärungen, daß das Sexennat innegehalten werden soll, erscheint nicht recht glaubhaft. Wenn Herr Tirpitz dem Grafen Eulenburg seine Pläne eingehend zu entwickeln Gelegenheit genommen und dessen Zustimmung gefunden hat, so erleben wir es vielleicht in einigen Tagen, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe von der Bürde seines Amtes befreit ist.

Ganz unmöglich ist die Sache jedenfalls nicht.

* Der neue Flottenbauplan wird, wie man dem „Hamb. Cour." aus Berlin telegraphirt, wahrscheinlich schon Anfang des nächsten Jahres dem Reichstage vorgelegt werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18991031025/fragment/page=0001

damit die deutschen Schiffswerften in die Lage versetzt werden, ihre Materialbestellungen bei den Werken schon innerhalb des Jahres 1900 einzuleiten. — Nein, diese Eile!

* Die Hauptversammlung der südhannoverschen Landwirthschaftsbündler hat am Sonntag in Hildesheim stattgefunden. Die Versammlung und ihr Verlauf boten ein sprechendes Bild von dem Uebermuthe der Agrarier. Sie verlachen die Regierung geradezu und stellen sich und ihren Willen demjenigen der Regierung entgegen. Ueber die Versammlung wird berichtet:

Als Redner traten auf der Bundesdirektor Dr. Hahn und der Vicepräsident der hannoverschen Landwirthschaftskammer, Rittergutsbesitzer Wrede-Söderhof. Während der letztere in der bekannten bündlerischen Tonart gegen die Regierung und die Nationalliberalen, welche die wirthschaftlichen Zustände in Deutschland so gründlich verfahren haben und nicht einsehen wollen, daß der Landwirthschaft nur durch die Ausführung der großen Mittel, Antrag Kanitz und Doppelwährung, geholfen werden könnte, loszog, besprach Dr. Hahn die jüngsten politischen Tagesfragen. Der Bau des Mittellandkanals, so erklärte er, sei keine nationale Frage, sondern die nackteste Interessenfrage der rheinisch-westfälischen Industrie, die mit den Mitteln der Nichtinteressenten gelöst werden solle. Die bündlerischen Abgeordneten würden den Kanal auch bei einer abermaligen Berathung strikte verwerfen. Die Beamtenmaßregelung bedauert der Bund, er habe sie nicht für möglich gehalten, sie sei ein Faustschlag ins Gesicht der liberalen Vergangenheit eines Hohenlohe und eines Miquel. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die sich gegen den Mittellandkanal und gegen die Interessenpolitik der Regierung ausspricht, den Bundesmitgliedern im Falle von Renwahlen für das Abgeordnetenhaus die Wahl von ausgesprochenen Kanalgegnern zur Pflicht macht, die Maßregelung der Beamten bedauert und die agrarischen Abgeordneten zu einer Interpellation deshalb auffordert, von der Regierung die Aufstellung eines großen nationalwirthschaftlichen Programms verlangt und der Centralleitung des Bundes der Landwirthe ein uneingeschränktes Vertrauensvotum ertheilt.

Der Bund kann und darf so sprechen, denn er ist ja zum Triumphator geworden über die „starke" Regierung. Vor dem Willen und den Forderungen des Bundes welcht die Regierung immer muthig zurück. — Wie lange denn noch?!

* In einer soeben erschienenen Studie: „Die Sozialdemokratie auf dem Lande" von Hugo Böttger finden wir folgende treffende Schilderung des ostelbischen Junkerthums:

„Die litterarischen und politischen Condottiere des ostelbischen Großgrundbesitzes verlangen mitunter besondere Schutzmaßnahmen für ihn, indem sie ihn mit dem preußischen Adel identifiziren, dem der preußische Staat zu besonderem Danke verpflichtet sei. Die Ordensritter hätten mit dem Schwerte und dem Kreuze in der Hand den Slaven das Land abgenommen; der preußische Adel habe dem Staatswesen seine Führer, dem Heere die besten Offiziere geliefert usw. Es ist zweifelhaft, ob man heute eine achthundert Jahre alte Rechnung präsentiren kann, die zudem mehr als einmal eingelöst worden ist. Außerdem ließe sich eine nationale Gegenrechnung aufstellen, wonach beim Zusammenbruch des preußischen Staates von 1806 der Adel seine Schuldigkeit nicht gethan hat, wonach der preußische Adel zu einem erheblichen Theile der deutschen Reichsgründung gleichgiltig oder feindlich gegenüberstand, wonach der preußische Adel zu einem Theile heute gegen eine Staatsirrung des Ostens durch Einwanderung polnischer, russischer und galizischer Landarbeiter nichts einzuwenden hat, wenn ihm nur sein landwirthschaftlicher Besitzstand erhalten bleibt. Wir wollen hierauf nicht näher eingehen, möchten auch dem preußischen Adel von der ihm gebührenden Achtung nicht ein Titelchen nehmen, aber hinsichtlich der Besetzung der ersten Beamtenstellen in Preußen mit Adligen dürfen wir wohl das Wort des Freiherrn v. Stein anführen: „Diese große Menge armen, güterlosen oder verschuldeten Adels in Preußen ist dem Staate äußerst lästig. Er ist ungebildet, hilfsbedürftig, anmaßend, er drängt sich in alle Stellen vom Hofmarschall bis zum Posthalter und Polizeiinspektor, er steht allen übrigen Bürgerklassen durch die Stellen, die er ihnen entzieht, durch die Ansprüche, die er aufstellt im Wege."

Durch Schweigen stimmt man für gewöhnlich bei. Wir haben den Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Volkswirthschaftliches.

* Ueber die Lage der deutschen Landwirthschaft im Jahre 1898 bringt der deutsche Landwirthschaftsrath ein beachtenswerthes Material bei, indem er die darauf bezüglichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der Landwirthschaftskammern und landwirthschaftlichen Centralvereine zusammenstellt. Im Einzelnen laufen dabei immer noch viele Klagen unter: über Nachwirkungen der früheren niedrigen Preise, über den steigenden Arbeitermangel u. a. Aber das Gesammturtheil klingt, namentlich aus den ärmeren Provinzen, dem preußischen Osten und aus Bayern, überraschend günstig und hoffnungsfreudig. Die ostpreußische Landwirthschaftskammer beginnt ihren Bericht:

„Das Jahr 1898 ist für die deutsche Landwirthschaft im allgemeinen ein günstigeres gewesen als die vorausgegangenen, da der Ernteertrag und die Preise für landwirthschaftliche Produkte befriedigendere waren."

Ebenso die westpreußische Landwirthschaftskammer:

„Bereits im vorigen Jahre konnten wir mittheilen, daß durch ein Anziehen der Preise für Getreide, Vieh und Spiritus eine kleine Besserung im landwirthschaftlichen Gewerbe sich zeigte. Diese hat ebenfalls für das Berichtsjahr, wenn auch mit einigen Schwankungen, angehalten und im Verein mit einer relativ günstigen Ernte wieder den Landwirthen einigen Muth eingeflößt."

Die pommersche Kollegin sekundirt: „In wirthschaftlicher Hinsicht muß das verflossene Jahr als ein besseres denn seine beiden Vorgänger eingeschätzt werden."

Sympathisch klingt das Gutachten der Brandenburger Kammer:

„Mit einer gewissen Freudigkeit dürfen wir aussprechen, daß 1898 im Vergleich zu den letzten Vorjahren unsere Hoffnungen auf Verbesserung der Lage unserer brandenburgischen Landwirthe nicht ganz unerfüllt geblieben sind. Ist auch noch kein Grund vorhanden, in lauten Jubel über glänzende Verhältnisse auszubrechen, werden im Gegentheil wir noch täglich daran erinnert, daß die schwere Zeit für die Landwirthschaft keineswegs schon ganz überwunden ist, so war doch das abgelaufene Jahr zweifellos schon bedeutend besser, als das vorhergegangene. Wir müssen, wir müssen zugestehen, daß das Loos unserer Landwirthe wieder anfängt, ein besseres zu werden und sie wieder froher, zufriedener und muthiger der Zukunft entgegenschauen können."

Die Landwirthschaftskammern für Schlesien, Sachsen, Hannover, Schleswig, Holstein und den Reg.-Bezirk Cassel sprechen in sehr vorsichtigen Ausdrücken zwar von einer Besserung oder einer theilweisen Besserung, deren Bedeutung sie angesichts der Arbeiternoth, angesichts des viel größeren Aufschwungs der Industrie und der gesteigerten Bodenpreise nicht zu hoch eingeschätzt wissen wollen. Ebenso will auch der rheinische landw. Centralverein keine nennenswerthe Besserung der Lage zugeben. Dagegen urtheilt der landwirthschaftliche Provinzialverein in Westfalen wieder wesentlich günstiger:

„Ist auch die Krisis in der Landwirthschaft als noch nicht überwunden zu bezeichnen, zeigt sich noch ein Ringen um die Existenz in der gesammten Landwirthschaft der Provinz, so sind doch die Anzeichen einer Besserung vorhanden und lassen ein Erstarken der Hoffnung auf bessere Zeiten erkennen. Die Preise für unsere Getreidearten haben etwas angezogen und sind nicht wieder auf das niedrige Niveau früherer Jahre gesunken. Die Viehpreise haben eine feste Tendenz gezeigt, Schweinepreise waren sogar im Herbst vorübergehend recht gut, sanken aber leider wieder; hielten sich aber bis zum Schluß des Jahres auf normaler Höhe. Die Ernte war im allgemeinen gut ausgefallen und auch gut eingetheilt, nur bei Knollen- und Wurzelgewächsen waren in manchen Gegenden nicht unbedeutende Ausfälle zu verzeichnen. Im großen und ganzen kann das Berichtsjahr bezüglich der Ernten als eines der besseren Jahre seit längerer Zeit, besonders in unserm Gebirgsland, angesehen werden."

An die Berichte der preußischen Landwirthschaftskammern schließt sich in gleichem Sinne der des bayerischen Landwirthschaftsraths:

„Wie im vorjährigen Berichte, so kann auch für das Jahr 1898 konstatirt werden, daß sich die Lage der Landwirthschaft gegenüber den Vorjahren günstiger gestaltete und im allgemeinen eine Wendung zum Besseren eingetreten ist. Wenn auch bei der vorherrschend regnerischen Witterung bis fast zur Erntezeit die Landwirthe von banger Sorge ergriffen in die Zukunft blickten, so begannen sie doch wieder frischen Muth zu fassen, nachdem ein reicher Ertrag der meist gut eingebrachten Feldfrüchte eine befriedigende Verwerthung derselben erzielte. Auch die Einnahmen aus den übrigen Wirthschaftsbetrieben waren bei entsprechenden Viehpreisen und günstigem Absatz der Molkereiprodukte befriedigende, ebenso die Erträgnisse der technischen Nebengewerbe. Die in den Vorjahren so gedrückte Stimmung ist einer froheren Zuversicht gewichen.

So gilt für die Gesammtlage der deutschen Landwirthschaft nach all den gesammelten Berichten, was noch speziell für Hohenzollern in dem letzten der vom Landwirthschaftsrath mitgetheilten Gutachten gesagt wird: „Eine wesentliche Besserung wird von allen Seiten berichtet. Die Ernte war recht gut. Auch der Absatz an Vieh war ziemlich befriedigend."

* Der Widerstand gegen den Mittellandkanal wurde von agrar-konservativer Seite bekanntlich hartnäckig durch die Behauptung einer staatswirthschaftlichen Bevorzugung des Westens vor dem Osten unterstützt. Die ministerielle „Berl. Corr." weist durch zahlenmäßige Belege, die vom Jahre 1878 und vom Jahre 1880 ab beginnen, die Unhaltbarkeit dieser Behauptung nach:

Rechnet man die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien dem Osten, die übrigen dem Westen der Monarchie zu, — wogegen Einwendungen nicht zu erheben sein werden — so ergiebt sich, daß für Schienenwege der Osthälfte des Staates mit 16,149,858 Einwohnern und einem Flächeninhalte von 201,804 Qu.-Km. seit 1880 die Summe von 457,744,069 M., der Westhälfte hingegen mit 16,419,299 Einwohnern und einem Flächeninhalte von 145,661 Qu.-Km. nur die Summe von 380,558,914 M. aus der Staatskasse zugewandt worden ist, so daß die Aufrechnung mit einer Differenz von 77,185,155 Mark zu Ungunsten des Westens abschließt. Die Aufwendungen für die Wasserstraßen des Ostens haben von 1878 bis 1897 295,154,000 Mark, für die des Westens 306,480,000 M. betragen, wonach sich als Mehrzuwendung an den Westen der Betrag von 11,326,000 M. ergiebt. Vergleicht man diese Summe mit dem für die Eisenbahnen des Ostens in annähernd dem gleichen Zeitraume verwandten Mehrbetrage, so wird ersichtlich, daß seitens des Staates für die Förderung des Massenverkehrs im Osten in den letzten Jahrzehnten erheblich größere Mittel — und zwar rund 66,000,000 M. mehr — ausgegeben worden sind, als für den gleichen Zweck im Westen. Von der gesammten Verkehrs-Einnahme des Staates aus den Eisenbahnen im Jahre 1898/99 im Betrage von 1179 Millionen entfallen dagegen auf denjenigen Theil der Monarchie, welcher etwa dem oben mit Osten bezeichneten entspricht, rund 405 Millionen M., auf den Westen rund 774 Millionen M.

Der Westen hat also bei einer Minderaufwendung von rund 66 Millionen M. eine Mehreinnahme für den Staat von 369 Millionen M. gegenüber dem Osten erbracht; ein Ueberschuß, der die vom Staate zu übernehmenden Baukosten für den Mittellandkanal ein paar mal deckt.

Schule und Kirche.

* Nach einer Verfügung des Kultusministers ist, ehe mit einer Schulgemeinde über die Errichtung einer neuen Lehranstalt in Verbindung getreten wird, von der Königlichen Regierung festzustellen, ob und inwieweit dieselbe hierzu einmaliger und laufender Beihilfen bedarf. Hierbei wird zu erwägen sein, ob der erforderliche Raum für die neue Klasse und Lehrerwohnung durch Bau oder Anmietung beschafft werden kann und welche Aufwendungen durch die innere Einrichtung des neuen Schulkaumes entstehen. Ist eine laufende oder einmalige Beihilfe erforderlich, so ist diese zunächst beim Minister zu beantragen und erst auf Grund seiner Entscheidung über die Höhe der Beihilfe und die Zeit ihrer Bereitstellung die Beschlußfassung der Gemeinde über die Einrichtung der neuen Lehrerstelle herbeizuführen.

* Eine Umfrage über die Erfahrungen bezüglich der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hat der brandenburgische Provinzialausschuß für innere Mission veranstaltet, allem Anscheine nach zu dem Zwecke, Material für die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe zusammenzubringen. Nach den einzelnen Fragen zu urtheilen, richtet sich das Bestreben auf weitere Beschränkung des Post- und Eisenbahnverkehrs, insonderheit der Packetbestellung am Sonntag, sowie Einführung eines Schankverbotes für den Sonntagvormittag.

⊙ Auf Befehl des Kaisers ist die Urkunde über die Eröffnung der Erlöserkirche in Jerusalem und die dabei gehaltene Ansprache des Kaisers in künstlerisch schöner Ausstattung gedruckt worden. Der Kultusminister hat dem Melanchthon-Gymnasium zu Wittenberg a. E. 20 Exemplare davon zur Vertheilung an tüchtige Schüler, die sich namentlich eifrig und erfolgreich an dem Religionsunterricht betheiligt haben, überwiesen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Von der Königlichen Staatsanwaltschaft zu Berlin ist die Nr. 2. des „Satyr" beschlagnahmt wegen des Artikels „Die Buße," welcher dem „Süll-Blatt" entnommen wurde. Nr. 2 ist am 14. Oktober erschienen. Die Beschlagnahme erfolgte am 28. Oktober. Von der Auflage waren jedoch nur noch ca. 500 Exemplare vorhanden, welche konfiszirt wurden. Gegen die Beschlagnahme ist die Klage bereits erhoben. — Eine bessere Reklame kann sich das genannte Blatt gar nicht wünschen.

m. Ein höherer Jurist Japans besuchte am Montag die Verhandlungen des obersten preußischen Gerichtshofs, des Strafsenats des Kgl. Kammergerichts und machte dort auch verschiedene photographische Aufnahmen.

* Recht sonderbare Anschauungen scheint der in Ratingen bei Düsseldorf domizilirte Amtsrichter Hauptmann über den Wirthestand zu hegen, denn als kürzlich ein Konsortium von Personen, darunter mehrere Wirthe, ihn zur Ausführung eines gerichtlichen Aktes aufsuchten, ließ der Herr sich dahin aus, daß „Wirthe keine einwandfreien Zeugen seien, indem man sie schon durch eine Flasche Wein beeinflussen könne". Der Vorfall gelangte zur Kenntniß des Landgerichtspräsidenten Witte in Düsseldorf, der bereits offiziell den Wirthevorband verständigte, daß er dem betreffenden Amtsrichter seine Mißbilligung ausgedrückt habe. Die Betheiligten wollen sich indeß, wie verlautet, mit dieser Erklärung nicht begnügen.

Kolonialangelegenheiten.

* Ueber seine Dienstreise nach den Ulugurु-Bergen in Deutsch-Ostafrika, ca. 250 Kilometer nordwestlich von Dar-es-Salaam, macht Gouverneur Liebert einige interessante Mittheilungen, die zeigen, daß das Gebiet, das er besuchte, sich als einer der besten Distrikte der ganzen Kolonie erwiesen hat. — In den höheren Regionen der Berge zeigt sich dichter Waldbestand, dessen vorzüglicher Humusboden ein geeignetes Gebiet für Kaffee- oder Thee-Anlagen bietet. Seine Hochplateaus und die weitgestreckten Matten sind wasserreich und bereits bis zu einem gewissen Grade kultivirt. Die Bevölkerung ist fleißig und arbeitsam. Das Gebiet der Ulugurु-Berge ist, allem Anscheine nach, für den Anbau von Tabak, Baumwolle, Kakao und Kaffee besonders gut geeignet, auch bietet es gute Gelegenheit zur Viehzucht, speziell des Rindes und des Fettschwanzschafes. — Die Ulugurु-Landschaft soll im Norden von der geplanten Centralbahn durchschnitten werden; ihre Anbaufähigkeit in dem oben angegebenen Umfange ist eine Erfüllung derjenigen Forderung, welche G. Schweinfurth in seinem bekannten Artikel für den Bau der Centralbahn erhob. Die Ulugurु-Berge gehören landschaftlich zu Ukami, werden also für den Küstenverkehr bereits ausgiebig durch die Bahnstrecke Dar-es-Salaam-Mrogoro erschlossen.

Ausland.

Der Transvaalkrieg.

Ueber den Verlauf der gestrigen Kämpfe bei Ladysmith laufen die Nachrichten nur sehr spärlich ein, was man wohl nicht mit Unrecht als ein für die dortige Lage der Engländer bedenkliches Symptom ansehen darf. Den privaten Blättermeldungen entnehmen wir u. a., daß das Bombardement der Buren sich besonders gegen den Bahnhof in Ladysmith richtete, also eine Stelle, wo aller Wahrscheinlichkeit nach viel Wagen- und Geschützmaterial lagert. Die Depeschen sagen ferner, daß die Granaten der Buren dort keinen Schaden anrichteten.

Auf dem englischen Kriegsministerium wurde gestern erklärt, das Resultat des Gefechts sei noch unbekannt, die Regierung erwarte nicht früher Nachrichten von White, bis dasselbe beendet sei. Inzwischen ist man aber doch, wie schon heute morgen kurz gemeldet, Nachricht von White gekommen. Das White'sche Telegramm besagt im näheren noch:

„Ich brauchte alle Truppen heute hier, außer der kleinen nothwendigen Garnison für die Befestigungswerke. Ich sandte die zehnte Bergbatterie, die irischen Füsiliere und das Gloucesterregiment aus, um die Stellung auf dem Hügel einzunehmen zur Freihaltung meiner linken Flanke. Während des Feuerns gingen die Mauleselt mit einigen Geschützen durch (!), doch hoffe ich, sie wiederzuerlangen. Die beiden Bataillone sind noch nicht zurück, doch werden sie heute abend erwartet. Ich bestimmte zwei Abtheilungen Feldartillerie und fünf Bataillone Infanterie, unterstützt von Kavallerie, unter General French, um die Position zu nehmen, in der der Feind gestern Geschütze aufgestellt hatte. Wir fanden die Position geräumt; aber unsere Truppen wurden mit erheblicher Energie angegriffen, wie ich glaube, von Joubert's Truppen. Sie hatten schwere Geschütze und waren in großer Anzahl. Alle unsere Truppen waren in Aktion und wir warfen den Feind mehrere Meilen zurück; aber es gelang uns nicht, seine Lager zu erreichen. Unsere Verluste werden auf 80 bis 100 Mann geschätzt, der feindliche Verlust muß viel größer gewesen sein. Unser Geschützfeuer war sehr wirksam. Nachdem ich mehrere Stunden in Aktion gewesen, zog ich die Truppen aus dem Feuer und kehrte (flüchtete?) unbelästigt ins Quartier zurück. Der Feind ist in großer Anzahl und hat Geschütze, die weiter reichen als die unsrigen. Ich habe jetzt einige Schiffsgeschütze, welche die besten Geschütze des Feindes, mit denen er uns auf 6000 m bombardirt hat, zeitweise zum Schweigen brachten und sie hoffentlich permanent beherrschen werden."

Einer anderen englischen Meldung entnehmen wir noch, daß die von Ladysmith ausgesandten Truppen schon Sonntag nacht abrückten. In London ist man sehr besorgt um das Schicksal der beiden noch fehlenden Bataillone, die in die Hände der Buren gerathen sein dürften.

In Londoner militärischen Kreisen nimmt man an, daß die Telegraphenlinie nach Ladysmith demnächst unterbrochen wird, da ein Kommando von Oranjeburen bis dicht an Pieters, den ersten Bahnhof auf der Linie nach Pietermartzburg, vorgedrungen sei. Pieters liegt halbwegs zwischen Ladysmith und Colenso, wo eine Eisenbahnbrücke einen geeigneten Punkt zur Zerstörung der Eisenbahn bildet. White dürfte versuchen, die Buren dort zurückzuwerfen.

Der schon erwähnte Fesselballon erregte enormes Aufsehen bei den Buren, die bei seinem Aufstieg zu Hunderten aus ihren Deckungen kamen, um ihn zu sehen. Er ist mit Telephon und Scheinwerfern versehen. Die Eingeborenen halten ihn für einen Kriegsgötzen und schleppten ihn mit wilden Tänzen an den Auffahrtsplatz. Am Sonntag stiegen die Generale White und Hunter darin auf.

Kapitän Hardy berichtet über den Verlust der Husarenschwadron bei Glencoe noch folgendes:

Nach der Schlacht hielten sich drei Schwadronen der achtzehnten Husaren mit einem Maximgeschütz, einer Compagnie Dubliner Füsiliere und einer Sektion der sechzigsten Jäger und berittener Infanterie unter dem Kommando des Oberst Möller in Deckung hinter den nördlichen Bergrücken des Lagers. Gegen 6½ Uhr rückten sie gegen Sandspruit vor. Als sie offenes Terrain erreichten, erhielten sie Artilleriefeuer, hatten jedoch keine Verluste. Oberst Möller führte seine Leute um den Talanahügel in südöstlicher Richtung herum, kreuzte die Vantsbrisstraße und fing mehrere Buren ab. Er sah dann, wie die Burenombulanzen zurückgingen. Oberst Möller ging darauf mit einer Schwadron Husaren, einem Maximgeschütz und berittener Infanterie über die Dundee-Vryheid-Bahn und stieß auf eine starke feindliche Abtheilung, die ein heftiges Feuer eröffnete, wobei ein Leutnant verwundet wurde. Die Kavallerie zog sich über die Vantsdrift zurück, von den Buren verfolgt. Oberst Möller hielt eine Zeitlang seine Position, da aber der Feind seine rechte Flanke umging, befahl er den Rückzug über Spruit. Das Maximgeschütz blieb in einem Wasserloch stecken. Ein Offizier wurde verwundet, drei Leute getödtet. Major Greville und Kapitän Pollock wurden die Pferde unterm Leibe erschossen. Die Truppe stand noch einmal an einem Höhenabhang nördlich von Sandspruit und hielt dieser eine kurze Zeit. Während Hardy sich mit dem verwundeten Leutnant Crum beschäftigte, zog sich Oberst Möller mit seinen Truppen in ein Defile zurück, offenbar mit der Absicht, sie ins Lager hinter den Impatiberg zurückzuführen, und ward seitdem nicht mehr gesehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18991031025/fragment/page=0002

In London waren gestern unkontrollirbare Gerüchte verbreitet, nach denen der englische Oberkommandirende für Südafrika, General Buller, bei seiner Landung in Kapstadt ermordet worden sei. Die Sache erscheint indeß sehr unglaubwürdig.

Ueber die Vorgänge beim Ausbruche des Krieges zwischen England und Transvaal erhält die „Polit. Corr." aus Johannesburg, 4. Okt., eine Zuschrift, der sie folgendes entnimmt:

„Heute wurden im ganzen Lande an die Bürger und die zum Kriegsdienste angeworbenen Ausländer Mauser-Gewehre vertheilt und am nächsten Tage (Donnerstag) mußte angetreten werden. Die allgemeine Bewaffnung hatte eine vorübergehende Panik verursacht. Alle Geschäfte wurden geschlossen und die Thüren und Schaufenster mit Brettern vernagelt, Freitag dampften die ersten sechs Militärzüge nach Volkrust ab. Es dürfte nur in wenigen Ländern möglich sein, eine Mobilisirung mit solcher Raschheit durchzuführen, wie dies jetzt in Transvaal geschehen ist, denn in 24 Stunden waren die Bürger bewaffnet, versammelt und einwaggonirt. Interessant war das Verhalten der Mädchen und Frauen beim Abschiede auf dem Bahnhofe. Es wurde nur geweint und gejammert: „Männer, thut eure Schuldigkeit," das waren die Worte, die an Väter, Brüder und Söhne gerichtet wurden. Charakteristisch war es auch, daß sich all dies ohne Musik, ohne Reden, ohne Uniformen und ohne militärischen Pomp abspielte. Die reckenhaften Buren bestiegen schweigend den Zug und es wurden keinerlei Rufe laut. Eine deutsche Dame, die von diesem Schauspiele ergriffen war, trat in jedes einzelne Coupé, um den Männern die Hände zu drücken, wobei sie sagte: „Gott gebe, daß ihr bald zurückkommt." Die Antwort lautete: „Wir können dir das nicht versprechen, aber wir werden uns bemühen." Bezeichnend für die patriotische Hingebung der Buren ist es, daß im zweiten Bezirke des Militärdistriktes von Krügersdorp, wo 400 Männer bei den Fahnen erscheinen sollten, sich 670 anmeldeten. Als der Kommandant die überflüssigen 270 nach Hause schicken wollte, war kein einziger bereit, dieser Weisung Folge zu leisten und alle blieben. In Maralsburg, wo 150 Buren einberufen wurden, erschienen 800. Vom höchsten bis zum niedrigsten sind alle Buren kampfbereit und voll Gottvertrauen. Als gestern die Züge zur Abfahrt nach Natal bereit waren, aber nicht abgelassen werden konnten, weil die Bahn wegen der vorhergegangenen Züge gesperrt war, hielt ein Pastor eine Abschiedspredigt, durch die er die Zuhörer zu Thränen rührte. Bald danach kehrte aber bei allen ihre gewöhnliche Gelassenheit zurück und mit ruhiger Entschlossenheit zogen sie in den Krieg."

Belgien.

Die Mitglieder des Centralausschusses der belgischen Katholikenvereine sind zum 4. Nov. einberufen, um über den Rücktritt Woestes zu berathen und gegebenenfalls einen Nachfolger zu wählen. Im proportionalistisch-klerikalen Lager nimmt man an, daß Woeste, falls die Regierung durch die Ablehnung der Verhältnißwahl gestürzt werde, seinen Rücktritt aufgebe. Der Zwischenfall zeigt, daß eine unüberbrückbare Kluft die klerikale Partei über das Verhältnißwahlrecht in zwei feindliche Lager theilt, das der Proportionalisten unter De Smet und Beernaert und das der Antiproportionalisten unter Woeste und Helleputte. Die duldsamere Politik Beernaert's scheint endlich trotz aller Machenschaften Woeste's, der auf die Hilfe der Sozialisten zählt, um das Kabinet zu stürzen, die Oberhand zu gewinnen.

Spanien.

Die Deputirtenkammer wurde gestern eröffnet und nahm zunächst die Wahl der Bureaus vor. Man erwartet, daß verschiedene Oppositionsmitglieder über die Zustände in Barcelona interpelliren. Die gesammte Opposition ist entschlossen, die Regierung bis aufs Messer zu bekämpfen, so daß die Sitzungen sehr stürmisch sein werden. Ein Minister erklärte, wenn die in Paris eingesetzte catalonische Junta in einer für Spanien schädlichen Weise vorgehen sollte, wie ehemals die kubanische, so werde die Regierung von der französischen die Ausweisung derselben verlangen und auch erlangen.

Im Senat verlangte gestern Graf Almenas Mittheilung der Akten, die sich auf den Prozeß gegen die Generale beziehen, die auf Kuba und in Manila kapitulirt haben. Silvela entgegnete, er halte die Mittheilung der Akten nicht für opportun. Almenas kündigte sodann an, daß er über die allgemeine Politik interpelliren werde. Silvela erklärte, daß er die Interpellation annehme.

Aus Madrid wird bestätigt, daß die Amerikaner, die 10,000 gefangene Spanier an die Philippiner ausgeliefert haben, sich entschieden weigern, diese loszukaufen. Die Unglücklichen werden also elend umkommen müssen. In Spanien herrscht hierüber die schmerzlichste Stimmung.

England.

An der vom letzten Trade Union-Kongreß beschlossenen Konferenz von Trade Unions, Kooperativen, Vereinen und Sozialisten, die über eine Vermehrung der Zahl der Arbeiter-Abgeordneten im Unterhause berathen soll, wird auch die Social Democratic Federation theilnehmen. Sie will diese Konferenz dazu benutzen, eine unabhängige sozialdemokratische Partei im Unterhause zu schaffen.

Griechenland.

Wie fast jeder Fortschritt in Griechenland privater Initiative zu danken ist, so scheint auch die für Griechenland so wichtige Frage der Beschaffung von Gefängnissen nach europäischem System wiederum durch Privatpersonen dieser Lösung näher gebracht werden zu sollen. Ein reicher Grieche in Sparta hat nämlich der Regierung den Vorschlag gemacht, an Stelle der innerhalb der Stadt liegenden abscheulichen Gefängnisse, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit sind, außerhalb der Stadt auf seine Kosten solche herstellen zu lassen, die nach neuestem System gebaut werden sollen. Die Lage der Gefangenen ist im allgemeinen in Griechenland so menschenunwürdig, daß die Regierung schleunigst Abhilfe schaffen und endlich jene fürchterlichen Verliefe schließen sollte, wo Hunderte von Unglücklichen schlimmer als wilde Thiere in unbeschreiblichem Elend verkommen.

Türkei.

ow. Einen sichtbaren Beweis, wie sehr man im Yildiz Kiosk die „Prätorianerkohorte", vulgo Albanesen, und den Anhang des angeblich schwachsinnigen depossedirten Sultans Murad fürchtet, bietet die Art und Weise, wie die Untersuchung gegen den Mörder des Sohnes Halil Rifaats, des Großveziers, geführt wurde, die nunmehr beendet ist. Um die Herkunft des Geldes, so schreibt man uns aus Konstantinopel, das man bei dem Mörder fand und zwar in einem so hohen Betrage, daß unbedingt ein Verdacht hätte rege werden müssen, kümmerte man sich gar nicht, sondern ließ die Erklärungen des Angeklagten ohne weiteres gelten. Auch darüber machte sich der Untersuchungsrichter nicht die geringste Sorge, was der Gefangene vor dem Tage des Mordes getrieben habe. Das Zeugenverhör wurde höchst oberflächlich geführt und die Fragen alle so gestellt, daß die Zeugen erklären mußten, sie könnten in Hadji Mustapha nicht das Individuum wiedererkennen, das auf Djavid Bey geschossen habe. Der Offizier, der bei der Festnahme mithalf, indem er mit seinem Säbel dem Verhafteten, der sich losreißen wollte, einen Hieb über den Kopf versetzte, war nicht aufzufinden. Er fürchtete die Rache der Albanesen und blieb deshalb im Verborgenen. Der Richter legte auf diesen höchst wichtigen Zeugen offenbar keinen Werth! Noch ganz zuletzt ließ übrigens das Gericht um, der Offizier habe sich gestellt und ausdrücklich erklärt, er wisse nicht, ob Hadji Mustapha der Mörder sei oder nicht! Dieser leugnet natürlich fortgesetzt und, wenn er überhaupt verurtheilt wird, so droht ihm höchstens eine leichte Strafe, die er aber auch kaum verbüßen dürfte. Unter diesen Umständen kann der beabsichtigte Rücktritt des Großveziers nicht Wunder nehmen. Abdul Hamid hatte ihm auf sein erstes Demissionsgesuch die strengste Bestrafung des Schuldigen zugesichert, aber die Furcht vor den Albanesen und Jungtürken gewann die Oberhand und deshalb wird dem Mörder kein Haar gekrümmt werden. Die mehrfach verbreitete Nachricht dagegen, daß im Palast große Aufregung herrsche wegen in England aufgefundener Dokumente, die über die Absetzung des Sultans Murad wichtige Aufschlüsse gäben, ist einfach der Phantasie eines findigen Reporters entsprungen, denn moralische Bekräftigungen pflegen im Yildiz Kiosk unbekannte Vorkommnisse zu sein.

Asien.

Der unbefriedigende Stand der englisch-chinesischen Handelsbeziehungen wird von den englischen Interessenten übereinstimmend dem Mangel an gutem Willen der chinesischen Regierung zur Last gelegt. Als Haupthindernisse einer gedeihlichen Entwickelung der englischen Handelsschiffahrt gelten die zahlreichen Untiefen und Strandbänke in der Mündung des Yangtseflusses. Indeß ist das Gesuch eines britischen Konsortiums, den Stromlauf reguliren zu dürfen, von dem Tsungli-Yamen mit der Begründung zurückgewiesen, daß gerade die Schiffahrtshindernisse in der Yangtsemündung eine werthvolle Vertheidigung gegen etwaige feindliche Einfahrtversuche bildeten und deshalb nicht zu beseitigen, sondern im Gegentheil sorgfältigst zu konserviren seien! Ein anderer Beschwerdepunkt der britischen Geschäftswelt betrifft die Mißregelungen seitens der chinesischen Beamten, die Zollvexationen und die systematische Fernhaltung des englischen Unternehmerthums, und darauf gründet sich die stetig wiederkehrende Forderung der Abschaffung des Likinzolles und des Salzmonopols, der Einführung von Verwaltungsreformen, sowie der Zulassung britischen Kapitals und britischer Intelligenz zum Mitbewerb im Yangtsethale. In jüngster Zeit hat sich besonders der englische Generalkonsul in Shanghai, Mr. Brennan, zum Sprachrohr dieser Wünsche gemacht.

Provinzialnachrichten.

, **Weißenfels**, 30. Okt. [Verschiedenes.] Die in vergangener Woche vom Bahnübergange nach der Neustadt aufgenommene Statistik über den Verkehr an dieser Stelle hat für den Sonnabend ergeben, daß von 6 Uhr morgens bis dahin abends 14,410 Personen und 910 Fuhrwerke passirten. Ein großer Prozentsatz derselben war infolge der verkehrenden Züge auf der Thüringer und Weißenfels-Zeitzer Strecke gehalten, vor der geschlossenen Wegeschranke zu halten. Es ist daher der in der hiesigen Einwohnerschaft immer lauter werdende Wunsch, dem Verkehrshemmniß durch eine Ueberführung über die Bahnstrecke abzuhelfen, wohlberechtigt. — Der erst 32jährige Küschnermeister Seidler, ein dem Trunke ergebener Mensch, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. — Mit Beginn des nächsten Sommerfahrplanes soll ein neuer beschleunigter Schnellzug München-Berlin über Probstzella-Zeitz-Weißenfels eingelegt werden. Die Probefahrt für diesen beschleunigten Schnellzug München-Berlin soll demnächst von München bis Probstzella stattfinden. — In vergangener Nacht sind zwei mit Getreide angefüllte Wirthschaftsscheunen in Markröhlitz niedergebrannt. Der Verlust ist für die Besitzer empfindlich, da sie die Vorräthe nicht versichert hatten.

⊙ **Wittenberg**, 30. Okt. [Eine Trauung mit Hindernissen] wurde heute vom hiesigen Standesamt vollzogen. Punkt 9 Uhr fuhr ein Brautpaar vor das Rathhaus vor und stieg hoffnungsfroh zum Standesamt hinauf, um hier zu ihrem unsagbaren Schrecken zu erfahren, daß er den nöthigen Papieren ein Aufgebotsattest eines kleinen Ortes bei Cöpenick, der noch gänzlich unberührt von Telegraph und Telephon ist, fehlt und daß deshalb für diesmal aus der Trauung nichts werden könnte. Telegraph und Eilboten räumten indessen das Hinderniß doch in drei Stunden weg und gleich nach 12 Uhr fuhr das junge Ehepaar zur Kirche, um sich auch deren Segen zu erbitten. Sie haben eine hohe Meinung von dem Telegraphen mit in ihr neues Heim genommen.

* **Magdeburg**, 30. Okt. [Die Wagenführer und Conducteure der hiesigen Straßenbahngesellschaft] haben an die Direktion ein Gesuch um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet. Wie die „Magdeb. Ztg." hört, sollen sie die gleichen Forderungen aufgestellt haben wie die Angestellten der Leipziger elektrischen Straßenbahn, u. a. Erhöhung des Anfangsgehalts auf 3.50 M. täglich bis zu 5 M., für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 50 Proz. Aufschlag, Einführung einer täglichen achtstündigen Dienstdauer u. a. m. Am Sonnabend abend fand in der Sudenburg eine Versammlung des Vereins für das öffentliche Verkehrswesen statt, zu der auch die Angestellten der Straßenbahn eingeladen und in großer Zahl erschienen waren. Der angekündigte Redner aus Leipzig, der über die Lohnbewegung der Angestellten der dortigen Straßenbahn berichten sollte, war jedoch nicht erschienen; es wurden auch keine auf die Forderungen der hiesigen Straßenbahn-Angestellten bezüglichen Beschlüsse gefaßt. Doch soll im Laufe dieser Woche eine Versammlung in der Sudenburg zur Erörterung der Sachlage abgehalten werden.

— [Personalnachrichten.] Der technische Leiter der Salzbergwerke Leopoldshall und Friedrichshaz, Bergrath Siemens in Leopoldshall, scheidet aus dem anhaltischen Staatsdienst, um eine Stellung als Generaldirektor eines Kohlenbergwerks im Halle-Weißenfelser Kohlenbezirk zu übernehmen. — Geheimrath Abesser, Mitdirektor der Landeskreditkasse in Meiningen, ist infolge Schlaganfalls gestorben. — In Bad Elmen, wohin er sich nach jahrelanger segensreicher Wirksamkeit als Seelsorger der St. Petrigemeinde in Stoßkurt zurückgezogen hatte, verstarb der Pastor emer. Adolf Kögel im 68. Lebensjahre.

— [Ordensverleihungen.] Dem Stadtältesten, Magistratsassessor Demelius zu Hettstedt im Mansfelder Gebirgskreise ist der Kronenorden vierter Klasse, dem emeritirten Lehrer Rödiger zu Sachsa im Kreise Grafschaft Hohenstein der Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern und dem bisherigen Ortsvorsteher Heinrich Sonntag zu Bernburger Vorstadt im Kreise Kalbe das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold verliehen worden.

---

* **Aus Thüringen**, 30. Oktober. [Wiederaufnahmeverfahren. — Aus dem Fenster gestürzt. — Eine neue „Rosenschlacht."] Eine interessante Verhandlung im Wiederaufnahmeverfahren kommt bald vor das Schwurgericht zu Gera. Im Jahre 1892 wurde der Gerberei-besitzer Brehm aus Saalburg zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt und hat diese Strafe auch verbüßt, außerdem hat er 7 Monate in Untersuchungshaft gesessen. Da Brehm, der jetzt in Pößneck als Gerbergeselle arbeitet, unschuldig sein will, so ist auf sein Betreiben die Sache wieder aufgenommen worden. Für die Verhandlung sind drei Tage angesetzt und auf Veranlassung des Oberlandesgerichts Jena 45 Zeugen, des Vertheidigers 65 Zeugen geladen. — Ein in Ilmenau besuchsweise sich aufhaltender Student stürzte im „Hotel zur Tanne" aus einem Fenster des ersten Stocks und erlitt einen Schädelbruch. Die Verletzung ist lebensgefährlich. — Zu großen Ausschreitungen kam es in Jena in der Nacht zum Sonntag nach Ablauf der Polizeistunde auf dem Eichplatze vor der „Rose." In diesem Lokal „kneipt" außer den „Corps" am Sonnabend abend eine Bürgergesellschaft, die den schönen und bezeichnenden Namen „Krakehlia" führt. Vor dem Lokal hatte sich nun, wie scheint auf Veranlassung, eine Menge Leute angesammelt, um zu sehen, ob die Gäste aus der „Rose" durch die Polizei entfernt werden würden, falls sie sich weigerten, das Lokal zur Polizeistunde zu verlassen. Thatsächlich weigerte sich auch eine Anzahl Gäste der Aufforderung der vier erschienenen Schutzleute nachzukommen, wohl deshalb, um mit der draußen stehenden Menge nicht in Konflikt zu gerathen. Inzwischen war die Menge draußen immer angeschwollen und darüber, daß die Schutzleute die Gäste nicht gewaltsam zu entfernen vermochten, in derartige Erregung gerathen, daß sogar Steine gegen die Fenster der „Rose" geschleudert wurden. Erst gegen ¼4 Uhr trat einigermaßen Ruhe auf dem Platze ein. Die Angelegenheit wird ein für die Betheiligten recht unliebsames Nachspiel haben.

* **Kahla** (S.-A.), 30. Okt. [Die Hummelshainer Hofjagd], an der diesmal auch Kaiser Wilhelm, der König von Sachsen und andere Fürstlichkeiten theilnehmen werden, wird voraussichtlich am 7. November stattfinden.

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 30. Okt. [Unglücksfälle.] Zu dem bereits gemeldeten Unfall des Prinzen Friedrich August wird noch berichtet, daß an der Jagd des Großenhainer Parforce-Jagdvereins am Sonnabend nachmittag 66 Herren theilnahmen, darunter Prinz Friedrich August, der Vereinsvorsitzende Generalmajor Baron Strahlenheim, viele Offiziere und Herren aus Hofkreisen. Es galt einen großen Eber zu erlegen, auf dessen Fährte die Hundemente gebracht wurde. Hinter Kalkreuth mußten zwei Hürden genommen werden. Schon vor der ersten brach das Pferd des Prinzen aus und stürzte. Der Prinz wurde bewußtlos aufgehoben und nach einem Raume im Montedepot zu Kalkreuth gebracht, wo die Offiziere abzusteigen pflegen. Heftiges Erbrechen ließ auf eine Gehirnerschütterung schließen, und die Aerzte stellten denn auch bald einen leichten Schädelbruch mit Gehirnerschütterung fest. Beim Prinzen, dessen Zimmer nur die Aerzte betreten dürfen, blieb der persönliche Adjutant Oberleutnant v. Heygendorff zurück, während sich gestern der prinzliche Hofhaltungschef Rittmeister v. Tümpling nach Kalkreuth begab, um über das Befinden des Prinzen seiner in Wachwitz weilenden Gemahlin berichten zu können. Auch der Leibarzt, Oberstabsarzt Dr. Selle ist gestern nach Kalkreuth berufen worden. Da das Befinden des Prinzen verhältnißmäßig befriedigend ist, so hat das sächsische Königspaar gestern nachmittag die geplante Reise nach Sibyllenort angetreten. Prinz Georg ist dagegen zurückgeblieben und hat sich heute nach Kalkreuth begeben. — In dem Stalle eines Hauses in der Johannisvorstadt in Dresden wurde heute früh der Bursche eines österreichischen Offiziers vergiftet aufgefunden. Auch zwei werthvolle Reitpferde lagen verendet im Stalle. Wahrscheinlich liegt Vergiftung durch schädliche Gase vor. — In Meißen wurde durch die Explosion eines Kessels der Kupferschmiedemeister Thum getödtet. Der Kessel flog dem am Herde stehenden Meister an den Kopf, riß diesem vom Rumpfe und schleuderte ihn durchs Fenster etwa 12 Meter weit auf den Hof hinaus. — Ein in der Pausaerstraße in Plauen wohnender Knabe im Alter von über 5 Jahren erwürgte gestern ein von ihm gefundenes Sprengstück (Dynamit) am Spirkius. Das Sprengstück explodirte und riß dem Knaben die Spitzen von vier Fingern der linken Hand weg, beschädigte ihn auch am Kopfe. Das neben dem Knaben stehende noch kleinere Schwesterchen blieb unverletzt. Dem verletzten Knaben ist je das erste Glied der beschädigten Finger abgenommen worden.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Max Dabis; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Knaben-Anzüge und Paletots.
Herren-Anzüge, Paletots etc.
Damen-Kragen, Jackets etc.
Mädchen-Mäntel und Jackets.
Grosse Auswahl, billigste, feste Preise.
Costüme, Blousen, Morgenröcke.
Corsets, Schirme, Handschuhe.
Kleider-Stoffe in Seide, Wolle und Baumwolle.
Gardinen, Stores, Spitzen.
Brummer & Benjamin, Gr. Ulrichstrasse 23, part., I. u. II. Etage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18991031025/fragment/page=0003

Façon Vera. Façon Regina. Façon Diana. Façon Irene.

Diese Façons sind in verschiedenen Preislagen und in allen neuen Farbenstellungen am Lager.

Fortlaufend bedeutende Eingänge der hervorragendsten Winter-Neuheiten in:

Jackets, Kragen, Capes,

Regen- u. Rad-Mänteln, Blousen, Costumes, Morgenröcken, Unterröcken, Knaben-Mänteln u. Anzügen und Mädchen-Confection.

Sauberste Verarbeitung. Tadelloser Sitz. Aussergewöhnlich billige Preise.

Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Bode & Troue
Hannover

Gegründet 1858.

Special-Fabrik für Panzercassen und Tresorbau.

Ständige Lieferanten der **Deutschen Reichsbank, Kaiserl. und Königl. Behörden, erster Banken** und **Bankiers** des In- und Auslandes, **Sparcassen** u. s. w. — Permanentes Lager von 200 Geldschränken.

— Prospekte frei und ohne Kosten —

SOENNECKEN's BRIEFORDNER

D. R.-Patent

Nr 1: Preis 1 Mark

En gros. En detail.

Düten

in 5 Pfd.-Packung zum Centnerpreis.

Cigarrenbeutel
in allen Größen,

imit. Pergamentpapier
nach Gewicht oder in Bogen,

echt Pergamentpapier
vom Meter und Bogen,

Butterbrotpapier
in Rollen, sowie in Bogen.

Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24.

Rennthierfelle

verleihen bis zum 1.5. 1900 à Mk. 2.75 pro Stück.

Christian Voigt, Schmeerstraße 21.

Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2.

Pittsburg-visible

Einfachste Schreibmaschine!

Leichtfasslichstes System!

Alleinvertreter für Halle und Umgebung

J. Zoebisch,

Geschäftsbücherfabrik und Papierhandlung.

Gelegenheits-Kauf.

Elegante Plüsch-Garnitur, zwei schwere franz. Bettstellen, Nußbaum mit Matratzen.

R. Wolff, Wuchererstraße 44.

Die größte Delikatesse
sind
Carl Koch'sche Pfannkuchen und Kartoffelkringel
mit Vanillegaus
und den feinsten Fruchtfüllungen eigener Fabrikation.
Ferner:
Schlesischen Sträußel-Kuchen
von feinster Sahnenbutter,
feinste Berliner und Hallesche geriebene Napfkuchen,
ächt Koch'schen Mohnkuchen
nach Dresdner Art vanillirt und an Wohlgeschmack unübertroffen,
Apfel-, Mohn- und Kartoffelkuchen sowie eine große Auswahl geschmackv. Torten-Ausschnitte, Desserts und Kaffee-Gebäcke
empfiehlt täglich frisch

Carl Koch, Herrenstraße Nr. 1.
Fernsprecher 531.

Taschentücher

mit Webefehlern, nur feinere Qualitäten, jetzt vorräthig

p. Dtzd. von 2 Mk. an.

A. J. Jacobowitz & Co., Magdeburger Straße Nr. 3, 1 Treppe.

Tabakpfeifen, Spazierstöcke
empfiehlt in größter Auswahl billigst

4! Ernst Karras jun.
Leipziger Str. 4.

Auctionen.

Mittwoch den 1. November cr., Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hier zwangsweise: 1 Geldschrank, 2 gr. Waarenschränke, 2 Ladentische, Krimstecher, Operngläser, Fernrohre, Mikroskope, Barometer, Thermometer, eine rothe Plüschgarnitur, 1 Sopha mit buntem Plüsch, 1 Trinkschrank, 1 Figur, Kommoden, Kleider- u. Glasschränke, Spiegel, Tische, Stühle, Bücher 2c.

Dietze, Gerichtsvollzieher.

Mittwoch den 1. November cr., Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hier zwangsweise: 1 Hak Ungar. Ausbruch, 4 Hobelbänke, 5 Schraubstöcke, 1 Ambos, 1 Schneidemaschine, 1 Plüschgarnitur, 1 tafelförmiges Instrument, 3 Gewehre, Bertikow. Kleiderkreträre. Kommoden Sopha, Tische, Stühle, Teppiche 2c.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18991031025/fragment/page=0004